

Stadt hält am Flugplatzausbau fest

Grünen-Stadträte wollen Baurecht für Verlängerung der Landebahn aufheben / Neue Flugverordnung greift ab 2016

Von Robert Richter

Beyendorfer Grund • Die Stadtverwaltung will sich die Option zum Flugplatzausbau offen halten. Das geht aus einem gerade veröffentlichten Papier des Wirtschaftsbeigeordneten Rainer Nitsche (CDU) hervor. Damit richtet er sich gegen einen Antrag der Grünen-Stadtratsfraktion, den Planfeststellungsbeschluss zum Flugplatzausbau aus dem Jahr 2000, der Baurecht für eine Verlängerung der Landebahn schafft, aufzuheben.

Hintergrund: Das Wirtschaftsdezernat hatte unlängst ein neues Gutachten zum Flugplatz vorgelegt. Kernaussage: Die aktuell 1000 Meter lange Start- und Landebahn wird neuen europarechtlichen Auflagen für den gewerblichen und nichtgewerblichen Flugverkehr nicht genügen. Sollte der Status quo als Geschäftsflughafen - ohne Charter- und Linienflüge - gesichert werden, sei ein Ausbau auf bis zu 1800 Meter unabdingbar. Wie der Wirtschaftsbeigeordnete erklärte, greife die ent-

So berichtete die Volksstimme im April über die Grundstückskäufe der städtischen Flugplatzgesellschaft für den Ausbau der Landebahn von 1000 auf 1800 Meter.

sprechende EU-Verordnung in Deutschland spätestens ab August 2016.

Grünen-Stadtrat Olaf Meister hält dagegen: „Vor dem Hintergrund des ausgeweiteten Betriebes des Flughafens Magdeburg-Cochstedt und der erheblichen dortigen Investitionen der öffentlichen Hand und der Weigerung des Landes Sachsen-Anhalt, sich an einer

Finanzierung der Ausbaupläne des Magdeburger Verkehrslandeplatzes zu beteiligen, ist eine Umsetzung des Vorhabens auch weiterhin nicht zu erwarten und noch dazu ökonomisch unsinnig.“

Meister fordert: „Der Stadtrat muss sich positionieren und die Hängepartie beenden.“

Nitsche räumt ein: „Für die Finanzierung der Investiti-

onskosten zur Verlängerung der Start- und Landebahn mit Verlegung der B71/L50 ist bisher kein tragfähiges Konzept verfügbar.“ Dennoch fordert er die Stadträte auf, den Grünen-Antrag abzulehnen und den Planfeststellungsbeschluss aufrechtzuerhalten. Die Ausbaukosten werden auf rund 8 Millionen Euro geschätzt. Das Land hatte eine Förderung immer wieder ausgeschlossen.

Doch der Wirtschaftsbeigeordnete will die Ausbauplanung offenhalten und argumentiert, eine „effiziente Luftverkehrsverbindung“ sei „entscheidungsrelevant für die Ansiedlung von Unternehmen bzw. Erweiterungsinvestitionen“. Cochstedt bietet aufgrund der geografischen Lage und des dortigen Geschäftsmodells, das auf Charterflüge und Luftfrachttransporte ausgerichtet sei, „keinen Ersatz für den Verkehrslandeplatz am Stadtrand“, so Nitsche.

Über den Grünen-Antrag entscheidet der Stadtrat nach Beratung in den Ausschüssen erst Anfang November.

Hintergrund

Wie die Volksstimme bereits im April berichtete, hat die städtische Flughafen GmbH in den vergangenen Jahren schon einen Großteil der Flächen für den Flugplatzausbau erworben und will weitere Flächen ankaufen. Betreiber des Flugplatzes ist eine private Gesellschaft.

Ausbauegger zweifeln unterdessen die Rechtsgültigkeit des 14 Jahre alten Planfeststellungsbeschlusses an. Eine Bürgerinitiative kündigte für ein Aufleben der alten Flugplatzpläne bereits eine Klage an.

Die Verlängerung der Landebahn war im Jahr 2004 nach heftigen Kontroversen offiziell begraben worden. Damals hatte die Landesregierung zugunsten des 35 Kilometer entfernten Regionalflughafens Cochstedt eine Förderung für Magdeburg-Süd abgesagt.